

01.12.2021

Vorlage für die Sitzung des Finanzausschusses
am 02.12.2021

Änderungsantrag

der Fraktion SPD

Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Besteuerung von Online-Casinospielen zu Drucksache 19/3324

Der Landtag wolle beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

§ 8 Absatz 3 wird gestrichen.

Begründung:

Nach § 17 Abs. 4 Nr. 10 des Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland hat der Konzessionär zur Sicherstellung von Auszahlungsansprüchen eine Sicherheitsleistung in Form einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft eines EU-Kreditinstituts zu erbringen. Diese wird zur Sicherung der Steueransprüche gegenüber dem Steuerschuldner als ausreichend betrachtet. Eine Haftung der/des Berater*in ist daher entbehrlich und würde zu einer unsachgemäßen Belastung der/des Steuerberater*in führen.

gez.
Beate Raudies
und Fraktion